

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandskassette Bischofswerda Konto Nr. 64

Erscheinungsweise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: frei ins Haus halbjährlich 1.10, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 45 Pf. Einzelnummer 10 Pf. (Sonntagsnummer 15 Pf.)

Veranstalter Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Besondereinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einseitige Millimeterzeile 10 Pf., örtliche Anzeigen 8 Pf. Im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pf. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 209

Dienstag, den 6. September 1932.

87. Jahrgang

Die Verordnung zur Entlastung und Belebung der Wirtschaft.

Regelung des Steuernachlasses durch Steuergutscheine. — Weitgehende Ermächtigung auf sozialpolitischem Gebiet. — Finanzpolitische Maßnahmen.

Hoffnung auf Segen.

Zur Wirtschaftsnotverordnung der Reichsregierung.

In der guten alten Zeit, als der ehrbare Kaufmann noch nicht zum System der Kartotheken übergegangen war, sondern so, wie er es vom Vater gelernt hatte, Geschäftsbücher führte, schrieb er, sobald er ein neues Hauptbuch begann, mit schöner Schrift ein „Mit Gott“ hinein. Seitdem die Revolution über das deutsche Land gegangen ist, besitzt der Wahlspruch „Mit Gott“ nahezu keinen Kurswert mehr. Selbst die neuerdings geradezu als heilig erklärte Weimarer Verfassung kennt in ihren grundsätzlichen Feststellungen das Wort Gott nicht. Erst dieser Regierung von Papen, zu der man im einzelnen stehen kann wie man will, blieb es vorbehalten, dem Beispiel des ehrbaren Kaufmanns aus der Väterzeit zu folgen und über den Beginn ihres Wirkens und ihres Wertes betont und bekennend den Wahlspruch „Mit Gott“ zu setzen. Sie hat damit ihre „neue Staatsführung“ mit einem alten tragenden Gedanken besserer Vergangenheit verknüpft, mit dem Gedanken, daß an Gottes Segen alles gelegen ist. Und in dieser Hoffnung auf Gottes Segen, auf eine höhere, sinnvolle, nicht mit dem Verstand zu fassende, sondern nur im Glauben zu empfindende, leitende, ausgleichende und heisende Gesetzmäßigkeit hat die Regierung wohl auch nur den Mut gefunden, anders als alle ihre Vorgängerinnen, einmal mit einer umfassenden und durchgreifenden nicht auf Interessentenstimmen rechts und links hörenden Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hervorzutreten.

Notverordnung ist ein Wort, das in Deutschland bösen Klang gewonnen hat. Die Verordnungen, die das frühere System ertief, haben allzu oft Rot geschaffen, anstatt der Rot zu steuern. Sie waren mehr oder minder alle von marxistischen Gedankengängen durchdrungen, glaubten in staatssozialistischer Auffassung, daß der Staat nur ein Verteilungsproblem zu regeln habe, um alle, die Leistungsfähigen wie die Leistungsunwilligen, vororgen zu können. Mit der politischen Wende ist auch das Scheitern dieses wirtschaftspolitischen Systems aller Welt offenbar geworden, wenn es auch immer noch Augen gibt, die nicht sehen, und Ohren, die nicht hören wollen. Die neue Notverordnung, deren Einzelheiten gewiß mancher Kritik unterliegen, die auch noch hier und da — wie könnte es anders sein? — Rückfälle in den alten Geist zeigt, die manchmal, wo ganzer Mut gehörte, noch erst tastend vorgeht, baut sich doch auf eine ganz andere Gedankenwelt und Bemessungsgrundlage auf. Sie will nicht kommandieren, nicht eine schematische Gleichmacherei treiben, nicht die schon ausgelieferte Steuerpresse noch einmal und wieder erfolglos umdrehen, sondern sie will der Wirtschaft helfen und sie wird der Wirtschaft helfen, wenn die Wirtschaft sich selber hilft. Es ist endlich einmal etwas „ganz anderes“, was dem deutschen Volke in einer Notverordnung geboten wird. Es geschieht endlich einmal etwas, und Freund wie Gegner der Regierung Papen und ihrer bisherigen Regierungsarbeit werden darin

Tageschau.

Die Verordnung der Reichsregierung zur Entlastung und Belebung der Wirtschaft wird amtlich veröffentlicht. Im Rundfunk gab am Montagabend der Reichswirtschaftsminister und der Reichsfinanzminister Erläuterungen.

Reichspräsident Goering hat die Absicht, den Reichstag für kommenden Montag, den 12. September, einzuberufen. Man rechnet damit, daß der Empfang beim Reichspräsidenten am Sonntagabend dieser Woche stattfinden wird.

Der Reichsminister empfing am Montag in Anwesenheit des Herrn Reichswirtschaftsministers die Bundesführer und andere Mitglieder des Stahlwerks. An den Empfang schloß sich ein Frühstück.

Die Geltungsdauer der Sonntagsrückfahrkarten ist mit sofortiger Wirkung verlängert worden. Die Heimreise kann nun Montag mittags 12 Uhr angetreten werden.

Die Konferenz in Straßburg für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der südosteuropäischen Staaten begann Montag nachmittags. Vorsitzender ist der ehemalige französische Handelsminister Georges Bonnet.

*) Ausführliches am anderen Stelle.

Eine ausführliche Erläuterung der neuen Verordnung veröffentlicht wir im 1. Beiblatt.

übereinstimmen müssen, daß hier einmal das Problem, das das innere Lebensproblem Deutschlands ist, von einem ganz anderen Ende angepackt wird, und daß man hier einen Schritt geradewegs tut, der nicht mit allen möglichen Halbheiten und Zögereien mitten im Gang unterbrochen wird. Es ist schon was, wenn der Wirtschaft unter besonders sorglicher Zuwendung an die mittleren und kleineren Betriebe Milliarden zusätzlicher Kredites zugeführt werden, ohne daß gleich wie ein finsternes Gespenst eine Inflationsgefahr am Horizont erscheint. Es ist schon was, wenn auch der kleine und kleinste Gewerbetreibende durch den in seiner Einfachheit fast genialen Schlüssel der Steuererleichterungen und der Steuergutscheine, sowie der Beschäftigungsprämien an diesen belebenden Strom neuen Blutes für die Wirtschaft teilnehmen kann. Und es ist schon etwas, wenn die ganz einfache Berechnung ergibt, daß an Stelle einer sich bisher fast schicksalhaft vollziehenden Millionsteigerung der Arbeitslosenliste fast mit einem Schlag rund 14 Millionen deutscher Menschen, die sich heute noch an den Stempelstellen drängen, auf neue Arbeitsmöglichkeit sichere Hoffnung haben können. Und weil alles das etwas ist, das uns im Nachkriegsdeutschland völlig ungewohnt wurde, darum sollten wir auch endlich einmal aus der Mittellosigkeit ewiger Kritikerheraus, sollten wir auch die Hoffnung und das Vertrauen haben, daß auch die Fragen der landwirtschaftlichen Hilfe und der Zinsentlastung und alles das, was hier und da noch unvollkommen scheint, jedenfalls mit gleichem Mut und mit gleichem guten Willen zu ihrer Zeit angepackt werden. Der Marxismus ist seine alten oder neuen Mitläufer tobt schon, noch ehe die Einzelheiten der Notverordnung bekannt waren. Er wird weiter toben, so viel ihm das gestattet wird, von Reaktion schreiben, von einem Kabinett der Arbeitererrettung und des Lohnbruders. Arbeitererrettung und Lohnbruder? Weil durch die Notverordnung die Möglichkeit gegeben ist, den Arbeitsgang und die Arbeiterzahl durch eine selbstverständliche immer noch staatliche Beaufsichtigung unterliegende und keinerlei Willkür ausgelieferte Lockerung der Tarife zu erweitern, soll der deutsche Arbeiter entredet sein? Wo bleibt denn da, von allem anderen ganz abgesehen, der so hoch gepriesene Geist der Solidarität, das Gefühl der gemeinsamen Schicksalsverbundenheit des Proletariats? Ist es reaktionär, wenn ich, u. sei es mit einschneidenden Maßnahmen, Arbeit schaffe, anstatt daß ich eine Arbeitsstätte nach der anderen durch Ueberhöhung der Bezahlung zum völligen Erliegen kommen lasse? Wer heute schreit, und gestern die Brüning'schen Notverordnungen mitverantwortete, der soll erst einmal hingehen und die Notverordnung von heute mit den Notverordnungen des alten Systems, mit den Notverordnungen Brüning's, Brauns und Seeverings vergleichen und sich selbst dann im Gewissen prüfen, aber wirklich im Gewissen! Und wer von „Experimenten“ spricht, soll vorsichtig sein, wenn er im Glashaus sitzt.

Hoffnung auf Segen! Es regt sich schon in der Wirtschaft. Das ist zu merken, auch wenn man die Börse nicht als das geeignete Barometer ansieht. Es ist ein Fünkchen von Vertrauen in das ganze Leben unseres Volkes hineingekommen, und dieses Fünkchen muß zu einer Flamme angezündet werden. Auch der ehrbare Kaufmann, der in sein Hauptbuch das Wort „Mit Gott“ schrieb, war sich bewußt, daß damit noch nichts getan war, daß Gott nur dem hilft, der sich selber hilft, und daß das Vertrauen auf Gott mit einem Vertrauen auf die eigene Kraft gepaart sein muß. Dann wird die Hoffnung auf Segen nicht vergeblich sein.

Kanzlerrede im Tonfilm.

Berlin, 6. Sept. (Eig. Meldg.) Reichkanzler v. Papen hat in der Usa-Tonwochenschau eine Ansprache gehalten, in der er vor allem auf die Frage der Arbeitslosigkeit einging. Der Kanzler erklärte u. a., die Reichsregierung sei entschlossen, einen durchgreifenden Versuch zu machen zur Belebung der Privatinitiative und der Privatwirtschaft. Wir glauben, am Tiefpunkt der großen Weltkrise angelangt zu sein. Daher fühlen wir uns berechtigt, mit einem großen Einsatz von mehr als 2 Milliarden Mark der Produktio-

seite zu Hilfe zu kommen, um insgesamt mehr als 2 Millionen Menschen wieder in den Arbeitsprozeß einfließen zu können.

Konzentrisches Zusammenwirken gegen die Arbeitslosigkeit. Weitere Erläuterungen.

Berlin, 6. Sept. (Eig. Meldg.) Die heute veröffentlichten Wirtschaftsmaßnahmen werden von maßgebender Seite als ein konzentrisches Zusammenwirken aller Ressorts der Reichsregierung gegen die Arbeitslosigkeit bezeichnet.

Die einzige Frage ist nun, ob der gegenwärtige Zeitpunkt richtig ist. Das wird von den verantwortlichen Stellen bejaht! Man führt dafür vor allem ins Feld, daß der Vertrag von Lausanne eine sehr viel wertvollere Voraussetzung für die wirtschaftliche Wiederbelebung ist, als man ihn bisher in Deutschland bewertete, und daß weiter eine ganze Reihe von Anzeichen dafür sprechen, daß sich in der Weltwirtschaft ein Umschwung anbahnt. In diesem Augenblick greift die Reichsregierung mit einer Anzahl von Maßnahmen ein: sie entlastet die Wirtschaft; sie gibt ihr mit den Steuergutscheinen außerdem die Möglichkeit zu größerer Krediterschöpfung; sie hilft ihr weiter durch eine elastischere Gestaltung der Tarife und schließlich durch die öffentlichen Mittel, die für die Arbeitsbeschaffung zur Verfügung gestellt werden. Das sind fünfmal so viel, als ursprünglich gedacht war. Die 4 Milliarden, von denen in dem Kommuniqué die Rede ist, setzen sich folgendermaßen zusammen: Aus den 135 Millionen, die zunächst für Straßenbauten, Wasserstraßen und Reklamationen bewilligt waren; dazu kommen die 200 Millionen, die die gegenwärtige Reichsregierung für ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm ausgeworfen hatte, ferner die 50 Millionen für Hausreparaturen und endlich 170 Millionen bis 200 Millionen RM, die die Reichsbahn aus der Beförderungsteuer spart und in Aufträge umwandelt. Die Post hat 60 Millionen für die gleichen Zwecke aufgeworfen, deren Finanzierung auch schon gesichert ist. Das macht eine Summe aus, die zwischen 600 und 650 Millionen liegt. Der Rest besteht aus Aufträgen, die augenblicklich noch beraten werden.

Natürlich sind in der Verordnung, die ja zum Teil aus Ermächtigungen besteht, deren Rahmen noch auszufüllen werden muß, eine Menge Fragen enthalten, deren Verwirklichung im einzelnen geregelt werden soll. Die Arbeit der Ministerien ist deshalb keineswegs abgeschlossen, im Gegenteil, die Ressorts werden in den nächsten Wochen alle Hände voll zu tun haben. Ein großer Teil dieser Arbeitslast liegt namentlich auch auf dem Reichsarbeitsministerium. Uebrigens wird die Tarifverordnung, für die dieses Ministerium hauptsächlich federführend ist, sobald wie möglich im Reichsgesetzblatt herauskommen. Ihr Inhalt ist bereits ebenfalls in der langen Verlautbarung der Reichsregierung enthalten. Um die Durchführung sicherzustellen, wird der Reichsarbeitsminister voraussichtlich Ende der Woche die Schlichter zu einer Konferenz nach Karlsruhe zusammenberufen.

Zwei Ministerreden zur Wirtschaftsnotverordnung.

Reichswirtschaftsminister Warmbold hielt Montagabend im Rundfunk in der Stunde der Reichsregierung eine Rede, die über alle deutschen Sender verbreitet wurde. Der Minister betonte, daß die Reichsregierung es als ihre wichtigste und vordringlichste Aufgabe ansieht, den Lebensweg der deutschen Wirtschaft abzukürzen, das Erwerbsleben wieder zu beleben, die Zahl der Arbeitslosen zu vermindern und damit die Lebenshaltung der breiten Schichten des deutschen Volkes zu verbessern.

Ein solches Ziel könne nur verfolgt werden, wenn die Maßnahmen der Regierung sich auf dem sicheren Grunde einer stabilen Währung aufbauen. Sie lehne alle Pläne ab, die darauf hinausgehen, eine zwar stabile, aber im Wert niedriger stehende Mark zu schaffen. Der Minister wies auf zahlreiche Anzeichen hin, die es wahrscheinlich erscheinen ließen, daß wir uns allmählich dem Ende der

getrennt, wie das Gesamtsumme in verteilten Gewerken...
nach dem Sonntag...
die Stellen...
ber anderen...
Es handelt sich um...
wären, wie...
mehr...
Es handelt sich um...
wären, wie...
mehr...